

# DER HIMMEL MUSS WARTEN

**Den Kirchen droht ein Exodus. Geschockt von Solidaritätszuschlag und Pflegeversicherung, verärgert über Kirchensteuer, verlassen immer mehr Katholiken und Protestanten ihre Konfession. Die Einnahmen der Kirchen sinken drastisch, doch ihr Lamento ist unehrlich: Noch immer verfügen sie über riesige Vermögen und üppige Milliardenetats.**

**D**er Kirchengemeinde St. Matthäus in Berlin-Tiergarten mangelt es an Geld und Zulauf. Um beides zu ändern, vermietete Pfarrer Helmut Kornemann zu Jahresbeginn sein Gotteshaus an einen Theatermann.

„Im Gottesdienst“, begründete der Geistliche die Zweckentfremdung des Sakralbaus, „sind eh nur 30 Leute, vielleicht wird das Haus wenigstens so einmal voll.“ Doch das Geschäft wurde ein Flop. Der Aktionskünstler Gerald Uhlig inszenierte im Gotteshaus eine dadaistische „Minimal-Oper“. Bei der Auffüh-

rung tanzte und hechelte eine schöne Nackte als „Christus mit Gasmasken“ um den Altar herum.

Prompt gab es Zoff. Aufgebrachte Gemeindemitglieder forderten, das Stück abzusetzen und den angeblich entweihten Altar auszutauschen.

Schauspiel statt Messe, Arien statt Litanen und frommer Choräle – das könnte schon bald zum kirchlichen Alltag in Deutschland gehören. Denn ohne neue Geldquellen, so befürchtet mancher Oberhirte, sind die Löcher im Klingbeutel nicht mehr zu stopfen.

Seit Jahren laufen den beiden Großkirchen die Gläubigen in Scharen davon: rund 800 000 seit 1989 bei den Katholiken, 1,5 Millionen bei den Evangelischen. Und auch jene Schäfchen, die in der Herde bleiben, finden sich immer seltener bei ihren Hirten ein: 81 Prozent der Katholiken gehen nicht mehr zur Kirche, der Gottesdienstbesuch sank von 48 Prozent in den sechziger Jahren auf ganze 19,3 Prozent Anno 1993. Bei den seit je betfaulen Protestanten, die keine Sonntagspflicht plagt, liegt die Quote derzeit bei 4,8 Prozent.



D. BALTZER



T. EINBERGER / ARGUM

**Vermietetes Gotteshaus in Berlin-Tiergarten, Verkauf von Kirchenschätzen in Furth im Wald: „Der Solidaritätszuschlag**

Seit Jahresbeginn rutschen die Zahlen noch weiter ab: In den Fluren deutscher Amtsgerichte und Standesämter drängen sich die Leute, um ihren Austritt aus der Christengemeinschaft beurkunden zu lassen.

In Großstädten wie Berlin, Stuttgart, Frankfurt oder Hamburg standen die Kirchenmüden zeitweise bis zu zwei Stunden Schlange, bis ihre Konfessionszugehörigkeit gelöscht werden konnte.

Das Elend haben den Kirchenoberen ausgerechnet die in Bonn regierenden Unionschristen mit dem seit Januar erhobenen Solidaritätszuschlag eingebrockt. Zusammen mit dem ebenfalls seit Jahresbeginn fälligen Aufgeld für die Pflegeversicherung summiert sich die Mehrbelastung für viele Steuerzahler auf exakt den Betrag der Kirchensteuer. Grund genug zum Austritt aus einer Institution, der die meisten ohnehin nur noch aus Gewohnheit anhängen.

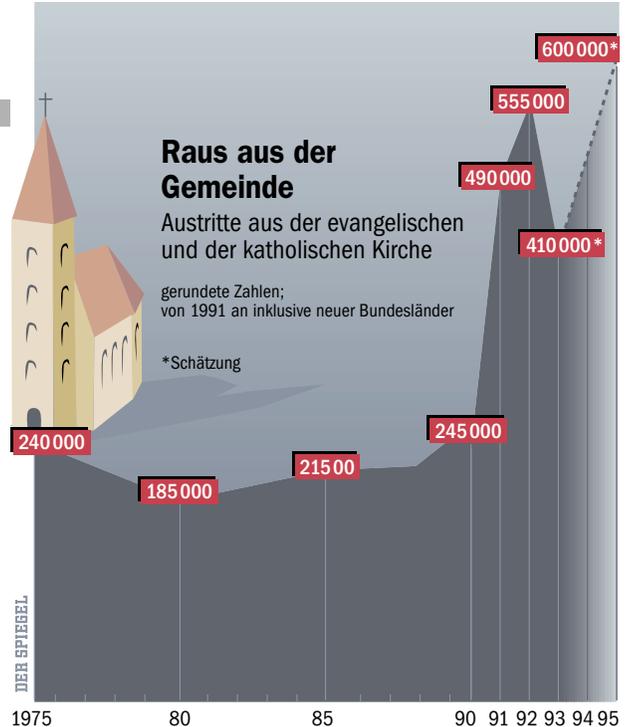
Der Sprecher der Bremischen Landeskirche, Peter Bick, bringt die neue Kirchenmisere auf den Punkt: „Der Solidaritätszuschlag entzieht den Kirchen die Solidarität.“

Wie etwa die Solidarität von Mike Z., 22, aus Berlin-Neukölln.

„Auf Erden“, begründet der Handwerker seine Kündigung bei der evangelischen Kirche, „ziehen sie uns das letzte Hemd aus, da muß der Himmel warten.“

1993 haben die Kirchen nach Schätzungen von Experten 410 000 Mitglieder verloren. Exakt 153 753 auf katholischer Seite, den Protestanten fehlt noch immer der Überblick. Nach dem Rekordjahr 1992 (554 000 Austritte) atmeten die Kirchenoberen auf. Aber 1994 wandten sich die Gläubigen wieder verstärkt ab und 1995, so fürchten Kirchenfunktionäre, könnte die 92er Superzahl noch übertroffen werden (siehe Grafik).

Besserung ist in diesem Jahrhundert nicht mehr in Sicht. Die Finanzchefs der Diözesen und Landeskirchen erwarten bereits im nächsten Jahr einen weiteren



Rückgang der Kirchensteuereinnahmen. Dann wird das Existenzminimum in Höhe von 12 000 Mark jährlich von der Steuerpflicht befreit, geschätzter Steuerausfall: über eine Milliarde Mark.

Und von 1998 an gehen in Deutschland jährlich rund eine Million Erwerbstätige in Rente, aber nur halb so viele wachsen als Steuerzahler nach. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden wird die evangelische Kirche bis zum Jahr 2030 allein durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung mindestens ein Drittel ihrer derzeit 28 Millionen Mitglieder verlieren. Verstärkt wird der Christenschwund, weil immer mehr Eltern ihre Neugeborenen nicht mehr taufen lassen.

Nach außen geben sich die Kirchenführer (noch) forsch. Ihre Parole: Qualität statt Quantität. Dem Rottenburger Bischof Walter Kasper ist eine „geistig rege Minderheit“ lieber als eine „lahme Mehrheit“. Der hannoversche Landesbischof Horst Hirschler rechnet sich froh: „Bei 57 Millionen Katholiken und Protestanten in Deutschland beträgt die Zahl der Ausgetretenen ja nur ein Prozent.“

Doch auch mit der Qualität geht es nach unten: Immer weniger Gläubige wollen Priester werden. 1993 ließen sich nur noch 238 junge Katholiken weihen – ein notorischer Tiefpunkt: 1989 waren es noch noch ein Viertel mehr.

Bei den Protestanten ist der Andrang auf das Pfarramt, das anders als bei den Katholiken nicht zu Enthaltensamkeit und Zölibat verpflichtet, zwar noch größer, dafür aber können sie dem Nachwuchs keinen sicheren Arbeitsplatz mehr bieten. Hunderte von Pfarrstellen werden in den Landeskirchen nicht mehr besetzt oder ganz gestrichen, Gemeinden zusammengelegt, weil es an Geld fehlt.

Manche Kirchenfunktionäre ergreift Panik: Bunte Infoblätter stellen die Kir-



entzieht den Kirchen die Solidarität“



**Priesterweihe im Freiburger Münster:** Notorischer Tiefpunkt

chensteuer als segensreich heraus, in teuren Telefonaktionen werden Schwankende beraten und für Gemeindegelder „Argumentationshilfen“ ausgegeben. In „Rollenspielen“ soll die Kirchenjugend „zum Thema Kirche & Geld“ auf Kurs getrimmt werden.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat ihren Etat in diesem Jahr bereits um drei Prozent gekürzt, im nächsten Jahr soll er um weitere sechs

### Ohne drastische Einschränkung bald zahlungsunfähig

Prozent schrumpfen. Pressesprecher Hannes Schoeb: „Wir befinden uns finanziell im Sinkflug.“

Besonders in den ostdeutschen Landeskirchen soll die bisherige Arbeit rapide eingeschränkt werden. Die evangelische Kirche dort ist nach 40 Jahren atheistischer SED-Herrschaft personell besonders ausgezehrt. Nur 4,6 Millionen der insgesamt 16 Millionen Einwohner in Neufünfland sind evangelisch. Und die meisten von ihnen bringen weit weniger Kirchensteuer ein als ihre Mitchristen im Westen.

Die Magdeburger Landeskirche will in der Seelsorge, einem Kernbereich kirchlicher Arbeit, mehr als ein Drittel aller Stellen in den nächsten Jahren einsparen: 400 von 1100. Die Kirchliche Hochschule und eine Predigerschule wurden bereits geschlossen. Sogar von ihnen über die Jahrhunderte angehäuften Immobilien wollen sich mancherorts die Kirchen schon trennen – bislang in Deutschland undenkbar.

Wie schwer es ist, das Vermögen der Kirche anzutasten, bekam der Priester Sebastian Werner im bayerischen Furth im Wald zu spüren. Als er vor Jahren Teile des Kirchenschatzes seiner Pfarrei St. Marien Himmelfahrt in klingende Münze verwandeln wollte, damit er seiner Gemeinde Gutes tun könne, bedurfte es dazu sogar einer Genehmigung des Heiligen Vaters aus Rom. Nun könnte sein Beispiel Schule machen.

„Wenn wir uns in den nächsten zwei Jahren nicht drastisch einschränken, werden wir zahlungsunfähig“, stellt Uwe Runge, Konsistorialpräsident der Berlin-Brandenburgischen Kirche lapidar fest.

Das Lamento scheint stark übertrieben: Immer noch teilen sich Katholische und Evangelische jährlich brüderlich rund 17 Milliarden Mark an Kirchensteuer. Dazu kommen weitere Milliarden, deren genaue Höhe die frommen Finanzverwalter vor der Welt und ihren

eigenen Gläubigen trickreich verschleiern. Mit Spenden und Staatszuschüssen, mit Leistungsentgelten und Zinsen erhöhen sich die alljährlichen Einnahmen bei den Evangelischen nach eigenen Angaben auf rund 16 Milliarden Mark. Für die Katholiken ergibt sich nach Auskünften einzelner Diözesen und Schätzungen von Insidern eine Gesamtsumme von jährlich über 18 Milliarden Mark.

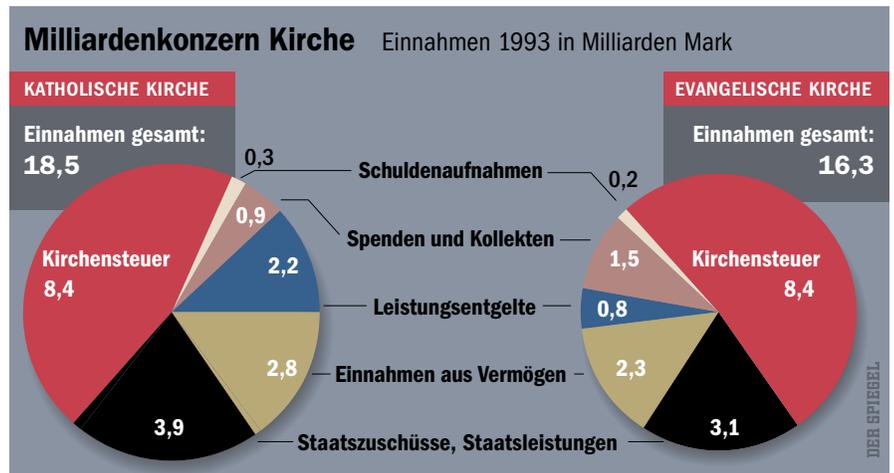
Die 27 katholischen Diözesen und 24 evangelischen Landeskirchen veröffentlichen zwar ihre Haushalte, doch über die wird nur ein Teil des kirchlichen Geldkreislaufs gesteuert. Die Mittel, über die kirchliche Stiftungen und fromme Werke, Abteien, Klöster, Weingüter und Brauereien sowie kircheneigene Banken und Versicherungen verfügen, sind in den amtskirchlichen Bilanzen nicht erfaßt.

Nur wenige Haushaltspläne weisen kirchlichen Firmenbesitz und kirchliche Beteiligungen aus. Konfessionelle Geldinstitute wie die katholische Pax-Bank in Köln, die Darlehenskasse im Erzbistum Paderborn oder die evangelische Bank für Kirche und Diakonie in Duisburg, allesamt Häuser mit Milliarden-Bilanzsummen, lassen sich nur ungerne genauer in die Bücher gucken.

Der ehemalige Finanzdirektor der Caritas, Franz Spiegelhalter, schätzt „das derzeitige Anlage- und Grundvermögen allein der Caritas auf 40 Milliarden Mark“. Der jährliche Umsatz von Caritas und Diakonie zusammen liegt – so Spiegelhalter – irgendwo um 30 Milliarden Mark – Größenordnungen, in denen in der Wirtschaft Konzerne wie Thyssen oder BMW rechnen.

Das Imperium kontrolliert sich selbst. Das Oberrechnungsamt der EKD in Hannover legt zwar jedes Jahr einen Prüfbericht über die Verwendung von Kirchengeldern vor, doch den kriegt nicht jeder zu sehen. Die Expertise gilt als Verschlusssache.

Manches kommt trotzdem heraus. Der konservative *Informationsdienst*



der Deutschen Evangelischen Allianz aus Wetzlar zählt für 1992 Fehlinvestitionen in Fülle auf: verlustreiche „unzulässige Devisengeschäfte“ durch Dollarspekulationen, überteuerte Bauaktivitäten in Jerusalem oder „Zweckentfremdung von Spenden und Vermächtnissen“.

Reiselustige Pfarrer ließen sich zum Bewerbungsgespräch als Auslandspfarrer nach Südfrankreich auf Kirchenkosten gleich mit Frau, Kindern und sogar Babysitter ausfliegen. Beim Comenius-Institut in Münster monierten Prüfer „überteuerte Leasingverträge“.

„In finanziellen Dingen“, urteilt EKD-Oberrechnungsprüfer Hans-Gün-

## Ein engmaschiges Netz, dem kaum einer entkommt

ter Vogt, „sind einige Kirchenmitarbeiter Laienschauspieler.“ Den ehrenamtlichen Funktionären fehle oft die Kompetenz. Auch der Rechnungshof der Berlin-Brandenburgischen Kirche beklagte im November 1994, in den Gemeinden komme es zu „Fehlbeträgen“ und bei der Kirchenleitung, dem Konsistorium, durch „fehlerhaftes Verwaltungshandeln zu finanziellen Schäden“.

Das Geldvermögen beider Kirchen erreichte nach Schätzungen des auf Kirchenfinanzen spezialisierten Journalisten Peter Wingert Anfang der neunziger Jahre mindestens 15 Milliarden

Mark. Die Zahl ist eher zu knapp: Die ausgewiesenen Zinseinnahmen, so Wingert, deuten auf höhere Beträge hin. Vermögensaufstellungen gibt es nicht (siehe Seite 84). Warum auch? Die Kirchen zahlen ohnehin keine Vermögenssteuer.

Rund fünf Milliarden Quadratmeter Land besitzen die beiden Großkirchen in Deutschland, dazu kommen Immobilien der 31 000 Kirchengemeinden und 60 000 Klöster, Krankenhäuser, Heime, Bildungsstätten oder Akademien – Werte, die sich nach grober Schätzung auf die astronomische Summe von rund 400 Milliarden Mark summieren.

Doch die Manager der Diözesen bauen weiter auf das engmaschige Netz der Kirchensteuer, der in Deutschland kaum ein Getaufter entkommt. Oftmals selbst dann nicht, wenn er sich aus der Christenheit längst abgemeldet hat.

Als Dissident Eugen Drewermann im März 1992 seinen Bischof Johannes Degenhardt „verbindlich“ aufforderte, „vom heutigen Tage an mein Kirchensteueraufkommen der Aktion Misereor und dem World Wildlife Fund zukommen zu lassen“, ließ der Paderborner Oberhirte über seine Pressestelle lapidar mitteilen: „Herr Drewermann kriegt keine Extrawurst gebraten.“

Solch Verlangen ist nach geltendem Staats- wie Kirchenrecht in der Tat unzulässig. Wer nicht länger zahlen will, weil ihm die ganze Richtung nicht paßt, der muß austreten. Wer drinbleiben, aber über die Verwendung seines

Obolus mitentscheiden möchte, hat keine Chance; beides zusammen geht nicht.

Die Kirchen müssen sich mit renitenten Schäflein, die sie verlassen, nicht einmal selbst herumärgern. Die Arbeit nimmt ihnen der Staat ab: je nach Bundesland die Amtsgerichte oder die Standesämter.

Nach protestantischer wie katholischer Lehre bleiben allerdings die Ausgetretenen ihrer Kirche verpflichtet: Nach deren Selbstverständnis kann ein Gläubiger nicht austreten, er bleibt den Geboten seiner Kirche bis ans Lebensende unterworfen.

Im fränkischen Ort Rodach bei Coburg besannen sich zwei evangelische Pfarrer angesichts der Austritte der letzten Wochen auf mittelalterliche Praktiken: Um Austrittswillige einzuschüchtern, wollen sie im Gottesdienst fortan die Namen der Ausgetretenen nennen. In einem offenen Brief protestierten ehemalige Gemeindeglieder gegen den modernen Pranger, darunter ein Busfahrer, der wegen „selbstgefälliger Anmaßungen und bornierter Überheblichkeit“ der Hirten seine Kirche verlassen hat.

Auch Ausgetretene sind vor der Kirchensteuer nicht sicher. Jahrzehntelang schröpften evangelische wie katholische Kirche ihre Ex-Mitglieder noch bis zu zwölf Monate nach ihrem Exodus. Das Bundesverfassungsgericht entschied 1979 zwar, eine solche „Überlegungsfrist“ sei rechtswidrig. Doch noch immer



Weinberg der Abtei Sankt Hildegard in Rüdesheim: In den Bilanzen der Amtskirche nicht erfaßt

B. BOSTELMANN/ARGUM

den 50-Prozent-Anteil an *Super Illu*. Nach dieser Reinigung kehrten die kirchlichen Oberhirten mit ihrem Geld wieder und nahmen ihre alten Anteile, die bei Sebaldu zwischengelagert waren, zum alten Preis zurück.

Insgesamt sind die Großkirchen in Deutschland an 48 Verlagen beteiligt, die mehr als 140 Zeitschriften, meist kirchlichen Inhalts, herausgeben, außerdem zwei politische Wochenzeitungen, den katholischen *Rheinischen Merkur* und das evangelische *Sonn- tagsblatt*.

Was die Amtskirchen offiziell an weltlichen Beteiligungen ausweisen, ist nach Schätzung von Kirchenkennern lediglich ein Bruchteil ihres finanziellen Engagements. Nur gelegentlich verrutscht die Decke, die die Kirchen über ihren Reichtum breiten.

Im Rheinischen etwa gibt es den Aachener Grundfonds. „Himmlische Renditen aus irdischen Objekten“, schwärmte die *FAZ* über die Firma, die teuerste Innenstadt-Grundstücke, Geschäfts- und Bürohäuser besitzt – alles zusammen ein Vermögen von rund 730 Millionen Mark.

1973 gegründet von den katholischen Diözesen in Nordrhein-Westfalen, gehören der Fonds und dessen Immobilien juristisch nicht der Kirche, sondern den etwa 1000 Anlegern. Die Anteilscheine sind jedoch nicht frei zu kaufen oder zu verkaufen, sondern dürfen nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragen werden, im Klartext: mit Billigung der Kirchen.

Das Kölner Erzbistum nennt neben seinen gemeinnützigen Gesellschaften immerhin zehn profitorientierte Beteiligungen: an zwei Wohnungsbaugesellschaften, zwei Verlagen und einer Nachrichtenagentur, an der TV-Holding Tellux, einer Sondervermögen-Verwaltungsgesellschaft, einer stillen Gesellschaft SVG, einer in Holland angesiedelten BRD Domkloster Cologne und an der Pax-Bank.

Die Pax-Bank ist eines der kleinen, aber feinen katholischen Geldinstitute, die jeweils eine bis drei Milliarden Mark bewegen. Zu diesen Instituten gehören auch die Bank im Bistum Essen eG (Bilanzsumme: eine Milliarde Mark), die Darlehenskasse im Bistum Münster eG (2,3 Milliarden) oder die Darlehenskasse im Erzbistum Paderborn (2,5 Milliarden).

All diese Kreditinstitute und Betriebe halten wiederum Beteiligungen an weiteren Firmen.

Die evangelischen Brüder und Schwestern sind in Geldgeschäften

nicht minder aktiv: Die Bank für Kirche und Diakonie in Duisburg bringt es auf eine Drei-Milliarden-Bilanz, die Evangelische Kreditgenossenschaft in Kassel auf 4, die in Kiel sogar auf 4,7 Milliarden, und auch die kleinere Darlehensgenossenschaft in Münster (2,3 Milliarden Bilanzsumme) hat noch einen ordentlichen Korb voller Beteiligungen – zehn Firmen, von der APB Unternehmensberatung bis zum Wibu – Wirtschaftsband sozialer Einrichtungen eG.

Auch im Versicherungsgewerbe tummeln sich die Kirchen. Die evangelische Familienfürsorge etwa versichert das Leben von mehr als einer viertel Million Menschen und bilanziert Vermögensanlagen von über 1,6 Milliarden Mark. „Einen besonders begrüßenswerten Ausdruck evangelischer Regsamkeit“ sahen die Kirchenoberen, offenkundig zu Recht, schon 1954 in dem Versicherungsbetrieb, zumal „das Kapital, das der Sicherung der Mitgliederansprüche dient, im kirchlichen Raum angelegt“ wird.

Die katholische Versicherungswelt zu durchschauen ist weit aus schwieriger. Enge Beziehungen kirchlicher Institutionen zu größeren Unternehmen der Branche wie der Berlin-Kölnischen Lebensversicherungsgesellschaft, mit über einer halben Million Versicherten und einer Versicherungssumme von mehr als 10,3 Milliarden Mark, rühren nicht aus Beteiligungen oder personellen Verflechtungen, sondern aus in Jahrzehnten gewachsenen Geschäftsverbindungen zwischen vermögenden Kapitaleignern.

Die Kölnische etwa fusionierte 1959 mit der Bischöflichen Konkurrenz „Katholisches Hilfswerk“, 1990 verschmolz sie mit der Lebensversicherung Berliner Verein zum heutigen Konzern.

Die Aachener und Münchener Versicherung, ein anderes Beispiel, mutierte 1970 zu einem Großbetrieb durch die Vereinigung mit der Volkshilfe. Die hieß einst Katholische Volkshilfe und gehörte zum Reich der Caritas.

Die Münchener Lebensversicherung von 1871 wiederum firmierte lange Zeit als „Christkatholischer Begräbnisverein“.

muß ein Ex-Mitglied einen Monat lang weiterzahlen.

Wie sehr die Kirchen hinter jeder Mark her sind, spürte auch Betriebswirt Alfred Hoyer aus Schleswig-Holstein. Bei ihm trieb die Nordelbische Kirche das Geld für den „Reuemonat“ mit Verspätung ein. Hoyer war im Februar 1992 ausgetreten, weil die Kirchenoberen den Pastor gegen den Willen der Gemeinde versetzt hatten. Die Zahlungsaufforderung erreichte ihn im Juni 1994.

In Montabaur bei Koblenz will die katholische Kirchengemeinde per „Ortskirchensteuerbescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung“ Geld von einer 88jährigen Rentnerin, die kaum 500 Mark im Monat zum Leben hat. Ein Verwandter empörte sich über die „unchristliche Forderung“ an die Frau, die 25 Jahre lang kostenlos die Pfarrkirche geputzt hatte.

Bei Spitzenverdienern zeigen sich die Kirchen großzügiger, um potentielle



**Hitler, Päpstlicher Nuntius\***  
Verbriefte Rechte

Aussteiger unter den Reichen bei Laune zu halten. Eine Frankfurter Firmeninhaberin, die jährlich über 200 000 Mark Kirchensteuern zahlen muß, erhält von der Kirche aus Billigkeitsgründen 45 000 Mark und mehr zurückerstattet. Bei der sogenannten Kappung der Kirchensteuer verlangt die Kirche je nach Bundesland statt neun Prozent nur bis zu drei oder vier Prozent vom staatlichen Steuerersatz.

Der Tübinger Kirchenrechtler Johannes Neumann: „Das ist für mich eine Manier von Straßenräubern und Straßendieben, die halbe-halbe machen.“ Pecunia non olet (Geld stinkt nicht), auch nicht für die Kirchen.

Eine dubiose Geldquelle sprudelt bis heute höchst ergiebig: Jahr für Jahr zahlt der Staat den beiden Großkirchen

\* Vassallo di Torregrossa 1933 in München.

dreistellige Millionenbeträge als Ausgleich für uralte Schulden.

Am 25. Februar 1803 enteignete die Reichsdeputation in Regensburg die alte Reichskirche mit ihrem enormen Besitz: Es ging um 4 Erzbistümer, 18 Bistümer, 80 reichsunmittelbare Abteien und über 200 Klöster. Mit diesen Immobilien wurden die weltlichen Fürsten für jene Gebiete entschädigt, die sie an Napoleon hatten abtreten müssen. Bayern etwa erhielt sogar das Siebenfache, Preußen das Fünffache des Verlorenen. Im Gegenzug bekommen seither die Kirchen für ihre Vermögensverluste jährliche Zahlungen aus der Staatskasse. Derzeit bekommen Protestanten und Katholiken aus diesem Rechtstitel, den sogenannten Staatsleistungen, pro Jahr knapp 500 Millionen Mark.

Zwar hat niemals jemand zusammgezählt, was den Kirchen Anno 1803 tatsächlich abhanden gekommen ist. Zudem sieht der Artikel 138 der Weimarer Verfassung, der mit dem Grundgesetz-Artikel 140 noch immer gilt, die Ablösung der Staatsleistungen vor, etwa durch einen einmaligen Ausgleich. Aber bis heute hat es keine Regierung gewagt, diese Forderung zu exekutieren, um es sich nicht mit den mächtigen Christenorganisationen zu verderben.

Eine Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen könnte auf Länderebene geregelt werden. Der Verfassungsrechtler Helmut Simon hält dies „aus Gründen der politischen Ethik für längst überfällig“. Allein schon „im Interesse der Unabhängigkeit der Kirchen, weil die Gelder sonst leicht als Vehikel für staatliche Einflußnahmen benutzt werden können“.

Teuer zu stehen kommen den deutschen Steuerzahler auch verbrieft Kirchenrechte aus der Vorkriegszeit. So zahlt der Staat die Gehälter der Militär- und Gefängnispfarrer, der Religionslehrer an öffentlichen Schulen und der Theologieprofessoren an theologischen Fakultäten der staatlichen Universitäten. Basis für diese kirchenfreundliche Geste ist auf katholischer Seite unter anderem das zwischen dem Vatikan und Adolf Hitler 1933 geschlossene Reichskonkordat. Die Protestanten setzten in der Nachkriegszeit ähnliche Regelungen

durch – unter Berufung auf das katholische Vorbild. Die katholische Kirche weigert sich bis heute, das Reichskonkordat aufzukündigen.

Ebenso teure wie absurde Nebenfolge dieser Regelungen: Entläßt die Kirche einen Theologieprofessor, weil ihr dessen Vorstellungen oder Lebenswandel mißfallen, muß der Staat nicht nur den Nachfolger besolden, sondern auch den Geschäftsnachfolger auf einem anderen Lehrstuhl weiterbeschäftigen. Das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium löhnte zeitweise für sechs von der katholischen Kirche gefeuerte Professoren jährlich 700 000 Mark.

Der Freistaat Bayern zahlte für die Bezüge von 7 Erzbischöfen und Bischöfen, 12 Weihbischöfen und 14 Dignitä-

Die rund 220 evangelischen und katholischen Geistlichen nebst Gehilfen, die dafür sorgen, daß ihre Schäfchen während der Bundeswehrzeit nicht abtrünnig werden, bekommen ihr Gehalt nicht etwa aus dem Kirchensteueraufkommen oder anderen Kirchentöpfen, sondern aus dem Wehretat. Verteidigungsminister Volker Rühle zahlt auch die Dienstfahrzeuge der Pfarrer und deren Talare, die kirchlichen Zeitschriften und Gebetbücher, die Kerzen und die Hostien. Selbst der Meßwein, den Militärgestliche an gläubige Infanteristen, Matrosen und „Phantom“-Piloten aus-schenken, wird aus der Steuerkasse bezahlt. Alles in allem kostet das kirchliche Rüstzeug für die Bundeswehr in diesem Jahr 52 Millionen Mark.



Religionsunterricht in der Schule\*: Immer weniger Zulauf

ren, 60 Kanonikern und 49 Dom- und Generalvikaren, den bischöflichen Sekretären, Direktoren und den Erziehern an bischöflichen Priester- und Knabenseminaren Anfang der neunziger Jahre rund 100 Millionen Mark pro Jahr.

Alle Steuerzahler werden abkassiert zwecks Förderung kirchlicher Fassaden: Wer ahnt schon, daß das Cusanuswerk zur Förderung hochbegabter katholischer Studenten wenig Geld von der Kirche und viel vom Staat erhält? Daß die Katholische Universität Eichstätt zu 90 Prozent von Steuermitteln lebt? Daß die Kultusministerien nicht nur die Religionslehrer bezahlen, sondern auch noch einmal extra die Pfarrer und Vikare, wenn die Bibelunterricht geben?

\* Im Carl-Spitzweg-Gymnasium im bayerischen Germering.

Der Steuerzahler, ob Moslem oder Kirchenfeind, ist immer mit von der Partie. Der Berliner Komponist Detlev Wulf, 42, war schon aus der evangelischen Kirche ausgetreten, als er sich im Haushalt des Landes Berlin die Zuschüsse des Kultursenats an die beiden Kirchen näher ansah: 120 Millionen Mark im Jahr. 72 Millionen davon allein für den Religionsunterricht – „obwohl daran“, so Wulf erbost, „immer weniger Schüler teilnehmen“. Die Ausbildung der Religionslehrer ließ sich die Stadt im Jahr 1991 mehr als 1,4 Millionen Mark kosten, die Kirchen steuerten ganze 10 409,86 Mark bei. Die Mitgliedsbeiträge der Gläubigen reichen hinten und vorn nicht, die Ausgaben der Christenvereine zu decken.

Um an Geld zu kommen, lassen die Kirchen nichts aus: Weil sich vor Jahr-



K. SCHÖNE / ZEITUNGSPHOTO

### Diakonissenkrankenhaus in Stuttgart Soziales Etikett

hundertten Stadt- oder Gemeinderäte zur Renovierung oder zum Neubau von Kirchen oder Pfarrhäusern, zur Aufbesserung eines Vikargehalts oder zur Lieferung des Meßweins verpflichtet haben, müssen Kommunen auch heute noch für diese sogenannten Kirchenbaulasten geradestehen. Über die Gesamtsumme, die solche Uraltansprüche den Steuerzahler kosten, gibt es keine Statistik. Im nordrhein-westfälischen Höxter beträgt die derzeitige Zahlung 2,5 Millionen Mark, bei einem Gesamtetat der Stadt von 122 Millionen.

Im Dorf Alfen bei Paderborn mußte der Bauer Heinz Drüke Jahr für Jahr 45 Mark an die Pfarrei St. Michael in Kirchborchen blechen – für nichts. Die Kirchengemeinde pochte auf einen Vertrag von 1833. Damals hatte sich ein Vorgänger auf Drükes Land verpflichtet, zwei Scheffel und einen Spint Roggen an St. Michael zum Unterhalt von Pfarrer und Mesner zu liefern. Das Amtsgericht Paderborn bestätigte 1988 das Anrecht der Kirche. Der Spuk endete erst, als Bauer Drüke anstelle des geforderten Geldes tatsächlich staubiges Korn bei der Kirche ablud.

Seit der deutschen Einheit langen die Kirchen auch im Osten zu. In der DDR hatten sich die Kirchen, abgeschnitten von jeder staatlichen Zuwendung, mühsam mit kargen freiwilligen Beiträgen ihrer Mitglieder, vor allem aber mit großzügigen Zuschüssen der Glaubensbrüder und -schwestern im Westen am Leben gehalten. Seit 1990 flossen 2,5 Milliarden Mark von den Westkirchen in Richtung Ost. Inzwischen haben sie sich in allen neuen Ländern mit Ausnahme von Brandenburg weitgehend dieselben Pfründen gesichert wie die Kirchen

in der Altrepublik. In Kirchenstaatsverträgen haben sich Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verpflichtet, Kirchengeländer und Gotteshäuser Jahr für Jahr mit Millionenbeträgen zu subventionieren. 1994 zahlten die neuen Bundesländer bereits rund 120 Millionen Mark an die Kirchen.

Das gängigste Argument, mit dem die Kirchen ihre üppige Steuer und deren Zwangserhebung durch den Staat verteidigen, ist eine Drohung an alle: Würde das System der Zwangssteuer fallen, bräche in weiten Teilen der Gesellschaft die Sozialarbeit zusammen.

Die Folgen hätten alle, ob gläubig oder ungläubig, zu tragen. Denn dann müßten Krankenhäuser und Altenheime, Kindergärten und Obdachlosenheime, die jetzt von den beiden Kirchen unterhalten werden, durch die öffentliche Hand finanziert werden. Die Kirchensteuer entlaste mithin die Gesellschaft zumindest streckenweise von ihrer Verpflichtung zur Solidarität mit den Schwachen des Systems.

Der Verweis auf Diakonie und Caritas überzeugt noch immer viele, die sonst längst die Zahlung der Kirchensteuer eingestellt hätten. Wer will schon mitschuldig werden am Untergang des Diakonischen Werks der evangelischen Kirche mit 336 000 Voll- und Teilzeitkräften? Oder der katholischen Caritas mit 408 000 Mitarbeitern? Das soziale Etikett der klerikalen Betreuungsindustrie täuscht vor, was nicht ist.

Die Wahrheit ist: Weder Caritas noch Diakonie müßten ihre guten Werke schließen, wahrscheinlich nicht einmal dann, wenn die Kirchensteuer völlig entfiel. Die beiden sozialen Dienstleistungsunternehmen der Kirchen finanzieren ihre Arbeit nämlich – rechtlich und haushaltstechnisch völlig unabhän-

gig von den Diözesen und Landeskirchen – zu etwa 70 Prozent aus Leistungsentgelten, wie Pflegesätzen und Elternbeiträgen, und zu 20 Prozent aus Staatszuschüssen. Die Kirchen schießen aus Eigenmitteln nur 3 bis 5 Prozent zu, der Rest sind Spenden.

Zum Etat des Stuttgarter Diakonissenkrankenhauses mit 351 Betten etwa steuert die Kirche „nie mehr als vier Prozent“ bei, gesteht Verwaltungsdirektor Volker Geisel ein. Sein Spital lebe fast ausschließlich von den Krankenkas-

## Seit Bonifatius nicht mehr so viele Heiden

sen. Ähnliches gelte für das ebenfalls von ihm verwaltete Altenheim.

Die Haushaltsexperten versuchen geschickt, diesen Sachverhalt zu verschleiern. Weil Caritas und Diakonie von ihren Mutterkirchen rechtlich unabhängig sind, tauchen deren Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsplänen der Diözesen und Landeskirchen überhaupt nicht auf.

„Die drängen sich mit einem angeblich seelsorgerischen Auftrag in alles hinein, was sie nur kriegen können“, klagt ein Beamter des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums, „und wo sie einmal ein Monopol haben, lassen sie keinen anderen mehr hinein.“

In Baden-Württemberg sind 75 Prozent der Kindergärten in katholischer Hand, in manchen Regionen Bayerns oder Nordrhein-Westfalens 100 Prozent. Bundesweit verwalten die Kirchen ein Drittel aller Krankenhausbetten.

Der Verdrängungswettbewerb hat auch ideologische Folgen. Die beiden Kirchen haben es verstanden, einen we-



H. GUTMANN / FORMAT

Sozialstation der Caritas in Köln: Das meiste zahlt der Staat

# „Endlich geschafft“

Mit welchen Begründungen Christen ihre Kirche verlassen

Der SPIEGEL befragte in den Berliner Amtsgerichten Neukölln und Tiergarten am 15. und 16. Februar 1995 austrittswillige Kirchenmitglieder.

**D**ie Kirche setzt die falschen Schwerpunkte in ihrer Arbeit und ist zu verschwenderisch mit ihren Geldern. Statt neue Kindergärten und soziale Einrichtungen zu bauen, wird das Geld für Prunk verschwendet. Da, wo engagierte Pfarrer versuchen, etwas zu bewegen, werden sie zurückgepfiffen und zu rechtgewiesen. Ich bin jetzt an einem Punkt, wo ich für mich beschlossen habe, mit gezielten Spenden mehr tun zu wollen. Es geht mir bei meinem Austritt nicht um die finanzielle Belastung, vielmehr um ein grundsätzliches Zeichen. Daß ich jetzt aus der Kirche austrete, heißt auch nicht, daß ich mich vom Glauben verabschiede – im Gegenteil. Gerade heute brauchen die Menschen einen festen Glauben. Der muß aber nicht an die Institution Kirche gekoppelt sein.

**Bankangestellter, 36, evangelisch**

**Ü**berall rennt man in der Kirche gegen Mauern. Ich hatte einfach keine Lust mehr. In meiner Gemeinde kann man nichts bewegen, da geht man kaputt. Ich hab es lange genug probiert. Und auch sonst: Die Politik des Papstes ist unmöglich, gerade gegenüber uns Frauen.

**Erzieherin, 38, katholisch**

**I**ch hatte noch nie etwas mit der Kirche am Hut – und wenn ich nichts von denen will, dann kriegen die auch nichts von mir. Jetzt habe ich es endlich geschafft, wirklich auszutreten, nachdem man ja nun immer mehr Steuern zahlen muß.

**Angestellter der Stadtreinigung, 25, evangelisch**

**G**erade habe ich mich von meinem Mann getrennt und lebe jetzt mit beiden Töchtern allein. Ich muß nun finanziell ganz schön rudern. Ich weiß nicht, wo mir der Kopf steht: Pflegeversicherung, Solidaritätszuschlag, und jetzt fällt noch die Berlinzulage weg. 40 Mark Kirchensteu-

er pro Monat, das ist vielleicht nicht viel Geld, aber immerhin schon wieder ein Einkauf mehr.

**Angestellte, 40, evangelisch**

**K**anzler Kohl nimmt sich soviel Geld von uns, da müssen wir halt aus der Kirche austreten, sind ja auch 1000 Mark im Jahr an Kirchensteuer. Die da in Bonn brauchen sich ja über so etwas keine Sorgen zu machen, die haben genug Geld. Mein Austritt macht mich aber nicht zur Kirchengegnerin, Kirche ist schon gut. Aber ich kann es mir einfach nicht mehr leisten.

**Verkäuferin, 53, evangelisch**



D. KONNERTH / LICHTBLICK

## Kirchenaustritt im Amtsgericht\*

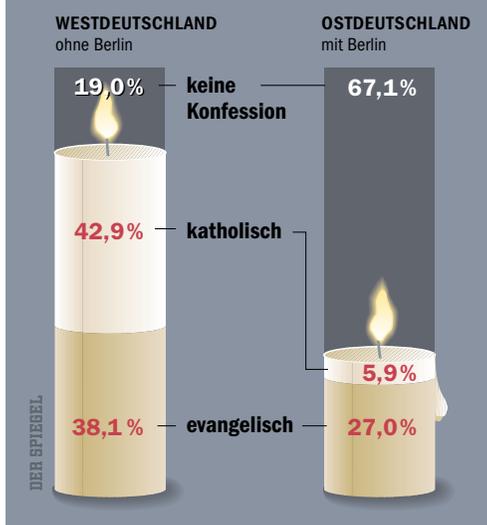
„Nichts mehr am Hut“

Im rheinischen Kerpen bildete sich 1989 eine „Aktionsgemeinschaft Kirchensteuer“, in Eschborn im Taunus wenig später ein „Verein zur Umwidmung von Kirchensteuern“. In Halle fordert ein „Arbeitskreis Kirchensteuer-Alternative“ die „Entkoppelung der Kirchenmitgliedschaft vom zwangsweisen Kirchensteuer-Abzugsverfahren“ durch das Finanzamt. Zuspruch kommt inzwischen sogar von oben: Der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky bekannte öffentlich, er würde in Deutschland am liebsten über italienische Verhältnisse diskutieren. In Italien muß jeder Steuerzahler eine Art Mehrzwecksteuer lei-

\* In Berlin-Neukölln.

## Ungläubiger Osten

Kirchenmitgliedschaft 1993



sten. Der Absender des Geldes darf selber bestimmen, ob es für kirchliche, humanitäre oder soziale Werke ausgegeben werden soll. So muß niemand aus der Kirche austreten, nur um Steuern zu sparen. Ein ähnliches Modell bewährt sich seit Jahren in Spanien.

Gelingt den Kirchen die Wende zur Glaubwürdigkeit nicht, könnten sie sich schon bald endgültig am einflußlosen Rand der Gesellschaft wiederfinden.

Gefahr droht ihnen vor allem aus dem Osten. Während in Deutsch-West immerhin noch 80 Prozent der Gesamtbevölkerung evangelisch oder katholisch sind, gehören in den neuen Ländern gerade noch 33 Prozent einer Konfession an, Tendenz fallend. In manchen Großstadtvierteln von Leipzig oder Rostock sind nur noch fünf Pro-

zent der Bewohner eingeschriebene Christen.

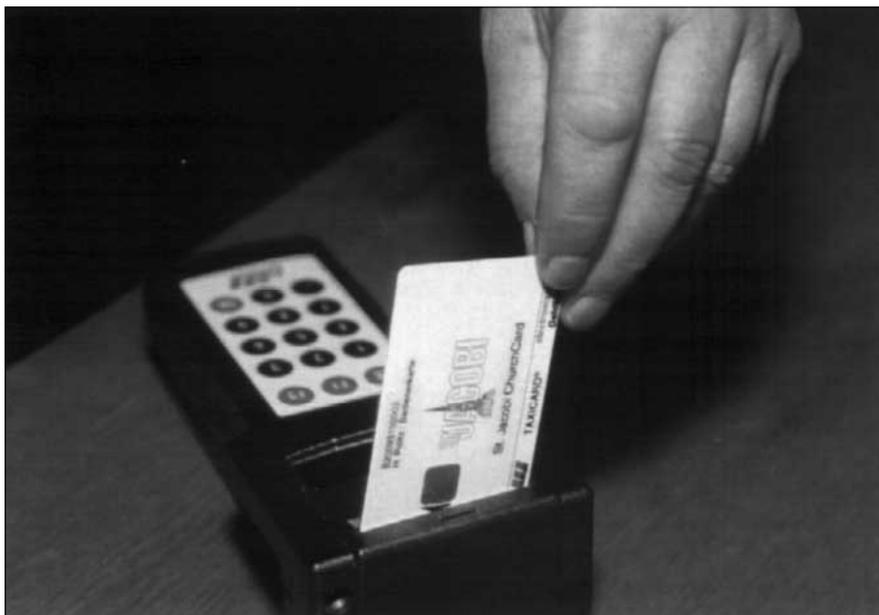
Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Oberhirte Karl Lehmann, warnt vor einem dramatischen Bedeutungsverlust beider Kirchen: „Seit Bonifatius hat es das in unserem Land nicht gegeben, daß zwei Drittel von Menschen in einer größeren Region keine Christen sind.“

Mancher kirchenkritische Gläubige sieht das Heil nur noch in radikaler Abkehr von der großen Zahl. „Die Zukunft liegt in der der Minderheitskirche“, so eine vor allem in den Kirchen der neuen Bundesländer gängige Formel.

Flotte Kirchenmanager haben die Forderung schon zu publikumswirksamer PR umgedeutet. Ihr Traum: Church Cards nach Art der Kreditkarte. Sie weist die Kirchenmitglieder als Angehörige

eines exklusiven Klubs aus, dessen Dienstleistungen sie jederzeit in Anspruch nehmen können – selbstverständlich gegen entsprechende Gebühr. In der Hamburger Gemeinde St. Jacobi ist das schon Realität: Statt Bargeld in den Klingelbeutel zu stecken, tippt dort der Protestant in ein Lesegerät, ähnlich dem bei Tankstellen, was er als Kollekte geben will. Der Computer im Gemeindebüro schröpft automatisch sein Christen-Konto – online verbunden mit dem zeitgemäßen Ablaßkasten im Gottesdienst. Mit High-Tech in die Zukunft?

Möglicherweise hilft auch ein besinnlicher Blick zurück in die Bibel. Im Buch Jesus Sirach gibt der Prophet dem Volk Gottes den lakonischen Rat: „Wer mit Wenigem nicht haushält, der kommt bald zu Fall.“



Evangelische Church Card: Exklusiver Klub?